

WESTEND

TIM ENGARTNER

RAUS AUS DER BILDUNGSFALLE

WARUM WIR DIE ZUKUNFT
UNSERER KINDER GEFÄHRDEN

WESTEND

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN: 978-3-86489-452-7

1. Auflage 2024

© Westend Verlag GmbH, Waldstr. 12 a, 63263 Neu-Isenburg

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Cover-Motiv: © Robert Kneschke/AdobeStock;

Autorenfoto: © Uwe Dettmar

Satz: Publikations Atelier, Weiterstadt

Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Gutenbergstraße 8
93051 Regensburg

Printed in Germany

Für Tilda und Selma

Inhalt

- 1 Baustellen der Bildungsrepublik 9**
 - Irrglaube an das Credo »Digital ist besser« 18
 - Systematische Verfehlungen gegenwärtiger Bildungspolitik 21
 - Verlässliche Bildungspolitik als präventive Sozialpolitik 23
- 2 »Humboldt adé« – oder: Was wir heute Bildung nennen 29**
 - Wer ist gebildet und was ist Bildung? 29
 - Abkehr vom Leistungsprinzip 40
 - Das Kind als »Erfolgsfaktor« 49
- 3 Von Kitastrophe über unzureichende Ganztagsbetreuung bis zu unterfinanzierten Hochschulen 67**
 - Die Kitastrophe: Notbetreuung zwischen Geld-, Einrichtungs- und Fachkräftemangel 68
 - Ganztagsbetreuung als gesellschaftlicher »Reparaturbetrieb« 78
 - Chronische Unterfinanzierung der Hochschulen 87

4	Keine schöne neue Schulwelt	103
	Blamable Unterfinanzierung der Schulen	103
	Wenig segensreiche Folgen der Digitalisierung	110
	Schulen im Fadenkreuz der Lobbyisten	141
	Leeranstalten statt Lehranstalten	156
	Boom der Privatschulen	166
	In der besten aller Schulwelten?	179
5	Der Weg zurück zur Bildungsrepublik – oder: Zehn Forderungen für eine Renaissance der Bildung	189
	Trennendes ausblenden, Unstrittiges angehen	191
	Mehr Geld für Bildung	195
	Bildungspolitik als präventive Sozialpolitik	200
	Kostenfreie Kunst- und Kulturangebote	206
	Bildung weder instrumentalisieren noch privatisieren	213
	Bestmögliche Studienbedingungen schaffen	219
	Bindungs- und Erziehungsarbeit stärken	223
	Ganztägige Bildungsangebote ausbauen	225
	Kinder und Jugendliche vor Digitalisierung schützen	227
	Unsere Demokratie durch Bildung stärken	231
6	Epilog	237

1 Baustellen der Bildungsrepublik

Die Bildungsrepublik Deutschland befindet sich im freien Fall. Rund 50 000 Jugendliche verlassen jedes Jahr die weiterführende Schule ohne Abschluss. Jedes fünfte Kind geht von der Grundschule ab, ohne den Mindeststandard im Rechnen, Schreiben oder Lesen erreicht zu haben. Einer wachsenden Zahl von Schülerinnen und Schülern ist das Präteritum, das einst spielerisch über Märchen erlernt wurde, fremd geworden. Und die jüngste PISA-Studie von 2022 hat offenbart, dass deutsche Jugendliche im Lesen, in den Naturwissenschaften und in Mathematik noch schlechter dastehen als vor sechs Jahren. Vielfach genügen die in der Schule vermittelten Kenntnisse der Bruch-, Potenz- und Wurzelrechnung selbst denjenigen nicht mehr, die ein Wirtschafts-, Mathematik- oder Technikstudium aufnehmen möchten. Immer mehr Hochschulen bieten Propädeutika an, um die Studierfähigkeit herzustellen – und dennoch befindet sich die Zahl der Studienabbrecherinnen und -brecher ebenso wie die der Studienfachwechslerinnen und -wechsler auf Rekordniveau. Rechtschreibung und Zeichensetzung sind der Generation von Kindern und Jugendlichen, die durchschnittlich 3 Stunden und 28 Minuten pro Tag vor digitalen Endgeräten verbringt, abhandengekommen. Von fehlerfreien Texten ihrer Studierenden wagen selbst Hochschullehrende nicht mehr zu träumen. Zuverlässig torpediert die Kommunikation via WhatsApp, Instagram und X das einst etablierte grammatikalische und orthografische Regelwerk.

Statt in Reaktion auf die sich seit Jahren verschärfenden Bildungsdefizite eine Aufholjagd zu starten, nehmen wir hin, dass

Schätzungen zufolge Abiturientinnen und Abiturienten infolge von Unterrichtsausfall auf beinahe ein Schuljahr verzichten müssen. Zeugniskonferenzen, Kollegiumsausflüge sowie Fort- und Weiterbildungen finden an vielen Schulen immer noch während der Unterrichtszeit statt. Und an den in vielen Bundesländern etablierten drei beweglichen Ferientagen pro Schuljahr wird ebenso wenig gerüttelt wie an den zwölf Wochen Schulferien. Vergessen sind die 1990er-Jahre, in denen noch der wenigstens vierzehntägig stattfindende Samstagsunterricht an der Tagesordnung war. Und obwohl inzwischen 14 Prozent unserer 11,1 Millionen Schülerinnen und Schüler über keinen deutschen Pass verfügen, hat auch die Zuwanderung von rund 350 000 Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine keine sicht- und spürbaren bildungspolitischen Anstrengungen in Richtung Spracherwerbsförderung ausgelöst. Stattdessen wird an einer wachsenden Zahl von Schulen nur noch vier Tage pro Woche Unterricht erteilt. So sieht das Modellprojekt 4+1 des sachsen-anhaltischen Bildungsministeriums vor, die Lernenden nur noch an vier Wochentagen in der Schule zu empfangen, während sie am fünften Tag digital beziehungsweise hybrid unterrichtet oder über Betriebsbesuche »beschult« werden.

Es passt nur zu gut ins Bild, dass im Zuge der Corona-Pandemie kaum ein Land so unzureichend auf den nicht erteilten Präsenzunterricht reagiert hat wie Deutschland, wo sich die Lernzeit während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 auf 3,6 Stunden pro Tag halbierte – und während des zweiten Lockdowns nur geringfügig gesteigert werden konnte. Zahlreiche afrikanische Staaten haben mit ihren koordinierten Digitalstrategien sehr viel mehr Unterricht stattfinden lassen können. Bei den unzureichend kompensierten Schulschließungen zwischen Flensburg und Passau handelte es sich keineswegs um einen temporären GAU. Vielmehr haben wir es mit einem Ausnahmezustand in Permanenz zu tun: Schülerinnen und Schüler kommen in Deutschland dauerhaft nur unzureichend in den Genuss von Lernzeit.

Dass weniger Unterrichtszeit nicht nur in Zeiten einer pandemischen Krise historischen Ausmaßes zu schlechteren Leistungen führt, dürfte niemanden überraschen. In Bremen, Hamburg und Niedersachsen ist der Leistungsabfall über zentrale Lernstandserhebungen eindeutig belegt. Dennoch geben sich Schüler-, Eltern- und Lehrerschaft zufrieden, denn die von dem jeweiligen Kultusministerium beflügelte Noteninflation suggeriert ständige Leistungssteigerungen. Diese Tendenz ist auch für andere Bundesländer belegt: Lagen die durchschnittlichen Abiturnoten in Baden-Württemberg in den 1970er-Jahren bei 2,8, erreichten sie 2023 einen Wert von 2,2 – und dies, obwohl noch mit den Schulschließungen während des zweiten Lockdowns Anfang 2021 Schülerinnen und Schüler drei Stunden weniger pro Tag lernten. Wies 2006 nicht einmal jedes hundertste Abitur die Note 1,0 auf, war es 2023 schon jedes 25. Sächsische und Berliner Schulen vergaben die Bestnote 2023 gar fünfmal so häufig wie zehn Jahre zuvor. Wer heute eine Fünf gibt, gilt schnell als »Leistungsterrorist«. Der sich institutionell verfestigende Unterrichtsversorgungsengpass verschärft den Sinkflug der Bildungsrepublik, zumal 42 Prozent der Lehrkräfte – und damit mehr als je zuvor – in Teilzeit arbeiten und drei Viertel vorzeitig in Pension gehen.

Konsumtion statt Reflexion lautet die Losung vieler, die der »Bildungsmodernisierung« das Wort reden. Lernende sehen zunehmend ausschließlich den instrumentellen Sinn von Bildung; Abschlüsse und Zertifikate pflastern ihre Bildungswege. Dabei sollte Bildung jungen Menschen ermöglichen herauszufinden, was in ihnen als Persönlichkeit steckt – und das ist nicht nur die Berufs- und Arbeitssphäre. Die Verkürzung der Schulzeit durch die Umstellung auf G8 sowie die erweiterten Möglichkeiten der Hochschulzugangsberechtigung verpflichten auch die Universitäten, berufliche Ambitionen von Studierenden zunehmend mehr in den Blick zu nehmen. Im Gegensatz zu Studiengängen mit einem klaren Berufsziel wie Medizin, BWL oder Jura ist dieses für Studierende der

Literatur-, Gesellschafts- und Geisteswissenschaften nicht eindeutig definiert. Die Furcht vor mangelnden beruflichen Perspektiven ist eine der maßgeblichen Ursachen für die wachsende Zahl von Studienabbrüchen und -fachwechseln.

Alarmiert durch die Ergebnisse internationaler Vergleichsstudien wie IGLU, PISA und TIMSS verfallen die bildungspolitischen Entscheidungsträgerinnen und -träger in Kurzatmigkeit und Reformeifer. Kaum ein Jahr vergeht, ohne dass die Schul-, Kultus-, Bildungs- oder Wissenschaftsministerien neue Richtlinien ausgeben, differenzierte Erlasse verabschieden oder kreative Ideen zur Umgestaltung von Schulen und Hochschulen verkünden. Doch wenn aus einer vormaligen Hauptschule eine Werkrealschule, aus einer Fachhochschule eine University of Applied Sciences oder aus einer Erwachsenenbildungsstätte ein Fortbildungszentrum wird, führt dies natürlich nicht zwangsläufig zu einer Qualitätssteigerung. Dasselbe gilt für die bildungspolitischen Vorstöße der vergangenen Jahre: Weder die in den 1990er-Jahren verfolgte Kompetenzorientierung noch die bildungspolitischen Ambitionen zur Digitalisierung trugen zu einer substanziellen Verbesserung bei. Es geht weiter bergab mit der Bildungsrepublik, die dem Zeitgeist der Nichtbedeutung von Wissen verfallen ist. In der Schule wird nur noch auf Methoden zur Recherche von Wissen Wert gelegt und selbst in der Hochschule sind Lerntagebücher, Praktikumsberichte und Erfahrungsprotokolle an der Tagesordnung.

Dem Niedergang schulischer Bildung soll dieser Tage vor allem durch digitales Lehren und Lernen beigegeben werden. Natürlich muss der Digitalisierung der Lebenswelt die Digitalisierung der Bildungswelt folgen, aber der blinde Glaube daran, dass diesem Vorhaben mit dem *DigitalPakt Schule* genüge getan wäre, ist absurd. Zwar stellt die insgesamt 6,5 Milliarden Euro schwere Förderung der allgemeinbildenden Schulen mit Mitteln für die Digitalisierung einen beachtlichen Beitrag zu deren zeitgemäßer Ausstattung dar, aber die Ausstattung der Schulen mit Smartbo-

ards, Tablets und WLAN wird uns nicht aus der Bildungsmisere führen. Dasselbe gilt für KI-gestützte Tools, denn auch ChatGPT und Co. werden uns nicht retten. Die modernen Neurowissenschaften belegen zweifelsfrei, dass analoge Lernprozesse unser Gedächtnis schulen. Somit ist zum Beispiel das Trainieren unseres Erinnerungsvermögens durch Auswendiglernen von herausragender Bedeutung, um die Wahrnehmungsgeschwindigkeit, die Memorierfähigkeit, das Kurzzeitgedächtnis und die Kapazität des Arbeitsgedächtnisses zu schulen. Vergessen scheint die Einsicht, dass Bildung nicht nur dem Vergnügen dient – zumindest dann nicht, wenn harte Brocken zu erarbeiten sind. Die Zufriedenheit folgt, wenn es geschafft ist. Sicherlich kann man Platons Höhlengleichnis, Immanuel Kants kategorischen Imperativ oder Jürgen Habermas' Diskurstheorie auch durch YouTube-Clips nachvollziehen. Doch das medial Dargestellte ist keineswegs nachhaltiger als das mehrfach Gelesene, mühsam Erarbeitete und im Unterricht Besprochene. Dasselbe gilt für die Inhalte, die das Kinderfernsehen mit Checker Tobi übermittelt. Sie können die analogen Lernprozesse in der Grundschule nicht ersetzen.

Analoge Lehr- und Lernarrangements dürfen nicht nur nicht verschwinden. Sie müssen neu be- und teilweise sogar aufgewertet werden, um auch die im Abschwung befindliche sozial-emotionale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wenigstens näherungsweise zu sichern. So hat das Stockholmer Karolinska Institut das schlechte Abschneiden der schwedischen Schülerinnen und Schüler bei der jüngsten IGLU-Studie mit einem inzwischen von vielen Studien untermauerten Befund erklärt:

»Wir sind der Meinung, dass der Schwerpunkt wieder auf den Wissenserwerb über gedruckte Schulbücher und das Fachwissen des Lehrers gelegt werden sollte, anstatt das Wissen in erster Linie aus frei zugänglichen digitalen Quellen zu erwerben, die nicht auf ihre Richtigkeit überprüft wurden.«

Trotz der kurzzeitig als positiv wahrgenommenen schwedischen Digitalisierungsstrategie besteht dahingehend Einigkeit, dass es nicht reicht, Lehr- und Lernmaterialien zu digitalisieren, Vorlesungen aufzuzeichnen, um sie per Mausklick zeit- und ortsunabhängig verfügbar zu machen, sowie die IT-Infrastruktur an (Hoch-)Schulen auf- und auszubauen.

Aber auch schon vor Schulbeginn – in den Kindertagesstätten – offenbart sich die Bildungsmisere. Rund 2,45 Millionen Kinder besuchen Tageseinrichtungen in freier Trägerschaft, das heißt, dort treten weder die Kirchen noch die Kommunen als Träger auf. Stattdessen wird in manchen Städten inzwischen jede dritte Kita als Elterninitiative organisiert, weil die Kommunen keine ausreichenden Angebote vorhalten. Die Kölner Stadtverwaltung etwa schafft es seit Jahren nicht, den elterlichen Betreuungsanspruch einzulösen, obwohl sich die Kita-Gebühren dort auf monatlich bis zu 638 Euro zuzüglich rund 200 Euro einkommensunabhängiger Beiträge für das Mittagessen und die Vereinsmitgliedschaft belaufen. Dass man monatlich 850 Euro für einen Kita-Patz zahlt, aber dennoch Koch-, Putz- und Baustunden ableisten beziehungsweise als ehrenamtlicher Vorstand Finanzen, Personal und Gebäude verwalten muss, mutet absurd an, ist aber seit Jahren nicht nur in Köln traurige Realität. Dabei ist das Betreuungsangebot von Kindergärten noch unzuverlässiger als das Bildungsangebot von Schulen: Zusätzlich zu den Brücken- und Konzepttagen gibt es ganze Wochen, in denen die Kindergärten wegen Mäusen, Läusen oder Bindehautentzündungen geschlossen bleiben (müssen). Regelmäßig werden die Eltern aufgefordert, ihre Kinder nach Möglichkeit nicht in den Kindergarten zu bringen, weil das Personal fehlt.

Mitunter zögern wir Jahrzehnte, wenn es die baulichen Mängel von Bildungseinrichtungen zu beheben gilt. Dabei geht es an staatlichen Schulen in Deutschland zumeist nur um die (Wieder-)Herstellung der Grundausrüstung. Die weltweit besten Schulen verfügen zudem über eigene Bibliotheken, Theater, Gärten und

Sportstätten. Das weltbekannte Eton College, das Schweizer Institut auf dem Rosenberg als weltweit teuerstes Internat oder in Teilen dann eben auch die mit dem *Deutschen Schulpreis* ausgezeichneten Schulen mit ihren bis ins Kleinste durchdachten Lehr- und Lernkonzepten müssen den Referenzpunkt bilden – nicht das digitale Lernlabor, in dem KI-gestützte Lernsoftware sowohl das Schreiben und Lesen als auch die für die Kommunikation zuständigen Lehrpersonen verdrängt. Dringend muss dafür Sorge getragen werden, dass ausreichend Kita-, Schul- und Studienplätze zur Verfügung stehen, um jungen Menschen unabhängig von ihren Ausgangsbedingungen bestmögliche Bildungschancen zu eröffnen. Nur mit intensiveren und umfänglicheren Betreuungsangeboten wird den sozialen Selektionsmechanismen beim Zugang zu Bildung begegnet werden können.

Das von Francis Bacon postulierte Credo »Wissen ist Macht« nehmen die selbst ernannten Vorreiterinnen und -reiter einer progressiven, vermeintlich schüler- und studierendenfreundlichen Erneuerung des Bildungswesens immer seltener ernst. Sie berufen sich dabei auf die Tatsache, dass Wissen immer schneller veraltet. Die allein hierzulande jährlich erscheinenden knapp 70 000 Bücher könne ohnehin niemand mehr lesen. Und Wikipedia liefere doch – jederzeit und allorts – in Sekundenbruchteilen das situativ benötigte Wissen. Aber kann eine Bildungsnation ernsthaft auf den Anspruch verzichten, gebildete Menschen hervorzubringen, deren Bildungsverständnis sich im Googeln kontextloser Informationen erschöpft? Das gesellschaftliche Anliegen lässt sich mit einer individuellen Perspektive paaren: Wissen macht unser Leben reicher, bunter und spannender. Auch deshalb ist es für jeden Einzelnen und jede Einzelne so ungemein kostbar.

Rechtschreibung und Zeichensetzung werden selbst von Lehramtsstudierenden des Fachs Deutsch nur noch bedingt beherrscht. Dass eine fehlerfreie Orthografie, eine korrekte Zeichensetzung und eine treffliche Ausdrucksweise die Güte unserer zentralen Kul-